

|

Themenpapier Nr 6
Bulgarien und die Erweiterung der
Europäischen Union

Die in diesem Dokument geäußerten Ansichten entsprechen nicht unbedingt den Standpunkten des Europäischen Parlaments.

INHALT

I. ÜBERBLICK

II. POLITISCHE LAGE

- a) Jüngere Geschichte
- b) Die Institutionen
- c) Aktuelle Entwicklungen

III. WIRTSCHAFTSLAGE

IV. BEZIEHUNGEN ZUR EU UND ERWEITERUNG

- a) Kommission
- b) Europäisches Parlament
- c) Ministerrat und Europäischer Rat
- d) Haltung der Bulgarischen Regierung

ANHANG

I. ÜBERBLICK

Obwohl die nächsten Parlamentswahlen erst im April 2001 stattfinden werden, denkt die von der Union Demokratischer Kräfte (SDS) angeführte Regierung bereits über eine Strategie nach, um die Wiederwahl zu sichern, während einer ihrer potenziellen Verbündeten, die Eurolinke, sich aufzulösen scheint. Trotz der umfassenden Regierungsumbildung im Dezember 1999 ist das Vertrauen in die Regierung jedoch weiter gesunken und wurde durch ständige Korruptionsvorwürfe zusätzlich belastet. Die Opposition erzwang im Mai ein Misstrauensvotum, das die Regierung jedoch problemlos überstand. Im Juni musste der bulgarische Chefunterhändler für die Verhandlungen mit der EU zurücktreten.

Die wichtigste positive Neuigkeit für die Regierung war der Beschluss des Europäischen Rates in Helsinki im Dezember, die EU-Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien aufzunehmen. Die Verhandlungen über sechs Kapitel wurden im März aufgenommen, wobei vier Kapitel vorläufig geschlossen wurden. Fortschritte sind auch hinsichtlich der Stilllegung der unsicheren Reaktorblöcke des Kernkraftwerks Kosloduj zu verzeichnen. Im Mai bewilligte die Kommission einen Kredit in Höhe von 212 Millionen € um dieses Projekt zu unterstützen, allerdings flammten im September die Kontroversen über die Sicherheit der Anlage neu auf.

II. POLITISCHE LAGE

a. Jüngere Geschichte

Bulgariens jüngere Geschichte reicht zurück bis zu dem Vertrag von Berlin im Jahre 1878, als Bulgarien lediglich ein Element für das allgemeine Machtgleichgewicht in der Region war. Ein deutscher Prinz wurde als König eingesetzt, da die Großmächte versuchten, den russischen Einfluss einzudämmen. Bulgarien war in beiden Weltkriegen ein Verbündeter Deutschlands. Im zweiten Weltkrieg weigerte sich Zar Boris III. jedoch Russland den Krieg zu erklären und bulgarische Juden zu deportieren. Im September 1944 gab es einen gegen Deutschland gerichteten Staatsstreich, als russische Truppen in Bulgarien einmarschierten. Dies vergrößerte die Macht der Vaterländischen Front, einer breiten Koalition verschiedener Kräfte, darunter die Bulgarische Kommunistische Partei (BKP). Die BKP festigte allmählich ihre Position, indem sie die anderen Parteien der Vaterländischen Front ausschaltete. Die Monarchie wurde 1946 per Referendum abgeschafft, und das Monopol der BKP wurde in dem Schauprozess und der Exekution des Vorsitzenden der Agrarpartei Nikola Petkov im Jahr 1948 offenkundig. Die Kollektivierung in der Landwirtschaft und die Verstaatlichung der Industrie gingen mit einem Ausmaß an Gewalt und Unterdrückung einher, das zur damaligen Zeit selbst in dieser Region ungewöhnlich war.

Auf den BKP-Vorsitzenden Georgi Dimitrov folgte 1948 Vasil Kolarov und später Velko Chervenkov, der sowohl Premierminister als auch Generalsekretär der Partei wurde. 1954 wurden die beiden Ämter getrennt und Todor Zhivkov wurde Parteiführer. Nach einem Machtkampf wurde Chervenkov von Zhivkov als Premierminister abgesetzt. Dieser blieb mehr als fünfundzwanzig Jahre an der Macht und war gegenüber dem Kreml uneingeschränkt loyal. Dennoch war das kommunistische Regime in Bulgarien eines der gemäßigeren in der Region. Eine vergleichsweise offene Haltung gegenüber einer Wirtschaftsreform führte nach kommunistischen Maßstäben zu einer ansehnlichen Produktivität im landwirtschaftlichen Sektor und zu dynamischen Entwicklungen in der Industrie. Die Auslandsverschuldung nahm jedoch in den 80er Jahren infolge des Anstiegs der Ölpreise, des Rückgangs der sowjetischen Subventionen und der bestehenden strukturellen Probleme in der Wirtschaft drastisch zu. Politisch gesehen schwankte Zhivkov zwischen Liberalisierung und erneuten Kontrollen. Eine Kampagne mit dem Ziel der zwangsweisen Assimilation von Türken Mitte der 80er Jahre führte zu einer internationalen Verurteilung.

Im November 1989, dem Tag nach dem Fall der Berliner Mauer, erzwangen Mitglieder des Politbüros den Rücktritt von Zhivkov „aus gesundheitlichen Gründen“. Es folgten Massendemonstrationen auf den Straßen und die Union Demokratischer Kräfte (SDS), eine Dachorganisation oppositioneller Gruppen wurde im Dezember 1989 gegründet. Die BKP war zu Konzessionen bereit. Klauseln in der Verfassung, die die politische Monopolstellung der BKP untermauerten, wurden aufgehoben; die BKP benannte sich um in Bulgarische Sozialistische Partei; eine Regierung unter Andrei Lukanov wurde eingesetzt und die Opposition veranstaltete Diskussionen am runden Tisch.

Die ersten sieben Jahre nach dem Ende des kommunistischen Regimes waren durch politische Instabilität gekennzeichnet. Bei den Wahlen im Jahr 1990 gewann die BSP 52% der Sitze nachdem Lukanov erfolglos versucht hatte, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Im Juli desselben Jahres wurde der Anführer des Aufstandes von 1989, Präsident Petur Mladenov, gestürzt und als Präsident durch Zhelyu Zhelev von der SDS abgelöst. Die antikommunistische Stimmung erreichte im Herbst ihren Höhepunkt mit Angriffen auf die BSP-Zentralen und Demonstrationen auf den Straßen. Mit dem Ausscheiden von Lukanov wurde im Dezember 1990 eine „Regierung

von Experten" unter Führung des parteilosen Richters Dimitur Popov eingesetzt. Sie setzte sich zusammen aus Vertretern der BSP, der SDS und der Bulgarischen Nationalen Agrarunion. Die Regierung verfügte über ein eingeschränktes Mandat und konzentriert sich auf Notstandsmaßnahmen, die Verfassung und Neuwahlen. Bulgarien erhielt im vergangenen Jahr keine ausländischen Kredite, nachdem das Land die Auflage erhalten hatte, seine Schulden zurückzuzahlen. Daher hatte die Einigung mit den ausländischen Stellen höchste Priorität. 1991 wurde von der Regierung ein Maßnahmenpaket eingeleitet, mit dem Ziel, die Devisenkurse und Preise freizugeben. In der Folge wurden ein Gesetz über Auslandsinvestitionen und ein Wettbewerbsgesetz verabschiedet sowie ein Handelsrecht beschlossen. Eine neue Verfassung trat im Juli 1991 in Kraft.

Die Wahlen im Dezember 1991 ergaben instabile Mehrheitsverhältnisse im Parlament, und die SDS bildete eine Minderheitsregierung, die von der Bewegung für Recht und Freiheit (BRF) unterstützt wurde. Die Regierung wurde mit zunehmenden Differenzen zwischen SDS und BRF konfrontiert, und Präsident Zhelev stand der extrem antikommunistischen Haltung der SDS ablehnend gegenüber. Ein Skandal wegen des Exports von Waffen in das ehemalige Jugoslawien hatte zur Folge, dass die Vertrauensfrage gestellt und die Regierung abgelöst wurde. Ende 1992 zeichnete sich mit einer weiteren „Regierung von Experten“ unter Führung des Historikers Lyuben Rubov ein Kompromiss ab. Dieser wurde von der BRF, BSP und einer Splittergruppe der SDS unterstützt. Anfang 1994 wurde die Regierung jedoch von Zhelev, der BRF und den Gewerkschaften scharf kritisiert. Nachdem im Juni 1994 eine langerwartete Einigung mit den gewerblichen Schuldnern des Landes erzielt wurde, trat Berov zurück.

Im Dezember 1994 folgten Wahlen, bei denen die BSP und ihre linksgerichteten Verbündeten eine große Mehrheit erzielten. Die BSP hatte ihre Fähigkeit betont, humane und kontrollierte Reformen durchzuführen, während die SDS das Bild vermittelte, lediglich "schöne Reden zu halten". Der bulgarische Geschäftsblock (BGB), angeführt von Georges Ganchev, zog ins Parlament ein. Die BSP bildete unter Zhan Videnov eine Regierung und wurde dabei von dem BGB in den meisten Punkten unterstützt. Diese Regierung war jedoch nicht erfolgreich. Sie konzentrierte sich zu stark auf die Berichtigung vermeintlicher Fehler der Vergangenheit, anstatt die notwendigen Strukturreformen durchzuführen. Als im Winter 1995 mitten in einem Versorgungsengpass Getreide exportiert wurde, nahmen die Korruptionsvorwürfe gegen die Regierung zu. Im Jahr 1996 wurden die wirtschaftlichen Probleme offenkundig.

Im Dezember 1996, nach einem Jahr einer sich ständig vertiefenden Wirtschaftsflaute und nachdem er die Präsidentschaftswahlen im November verloren hatte, trat Videnov sowohl als Staatschef als auch als Parteivorsitzender zurück. Sein als durchsetzungsfähig bekannter Polizeiminister Nikolai Dobrev wurde von der BSP als nächster Premierminister benannt, doch die Öffentlichkeit war gegen die Ernennung. Im Januar 1997 gab es eine Demonstration vor dem Parlament, in deren Verlauf die Demonstranten in das Gebäude eindrangen und die Polizei gewaltsam gegen die Menge vorging. Im ganzen Land nahmen die friedlichen Demonstrationen zu. Es kam zu Streiks, der Blockade großer Straßen und Benzinknappheit. Angesichts dieser öffentlichen Ablehnung lehnte die Führung der BSP die Bildung einer neuen Regierung ab.

Bis Wahlen stattfanden wurde eine Übergangsregierung unter Führung von Stefan Sofianski, dem Bürgermeister von Sofia eingesetzt, der der SDS nahestand. Unter dieser Regierung wurde die Wirtschaft in gewisser Weise stabilisiert und eine Kampagne gegen Kriminalität und Korruption gestartet. Unter anderem forderte die BSP, in den Reihen der Bürokratie diesbezüglich vorzugehen. Bei den Wahlen im April 1997 gab es einen überwältigenden Sieg für die SDS und ihre Verbündeten in den Reihen der Vereinigten Demokratischen Kräfte (United Democratic Forces/UtdDF). Die BSP war die zweitstärkste Partei. Der SDS-Vorsitzende Ivan Kostov bildete im Mai 1997 eine UtdDF-Regierung.

b. Institutionen

Im Juli 1991 wurde eine post-kommunistische Verfassung verabschiedet, wodurch ein Mehrparteiensystem, freie Wahlen auf der Grundlage eines allgemeinen Wahlrechts für Erwachsene sowie bestimmte Menschen- und Bürgerrechte festgeschrieben wurden. Das politische System ist parlamentarisch und basiert auf einer Nationalversammlung mit 240 Sitzen, die nach dem Verhältniswahlrecht direkt gewählt wird. Der Schwellenwert für die Vertretung liegt bei 4%. Die Legislaturperiode dauert vier Jahre. Unter bestimmten Bedingungen können jedoch vorgezogene Wahlen stattfinden, beispielsweise wenn ein Misstrauensvotum durchgeführt wird. Dies liegt jedoch nicht im Ermessen der Regierung. Es gibt strenge Regeln für die Bildung einer Regierung. Zunächst wird die größte Partei im Parlament aufgefordert, eine Regierung zu bilden. Falls dies scheitert, die nächstgrößte und nur dann eine andere von dem Präsidenten zu bestimmende Partei. Um eine Regierung oder einen Ministerrat zu bestätigen, ist eine einfache Mehrheit im Parlament erforderlich. Für Maßnahmen zur Änderung der Verfassung ist normalerweise eine Dreiviertelmehrheit erforderlich.

Der Präsident wird direkt für fünf Jahre gewählt und kann nicht mehr als zwei Amtszeiten wahrnehmen. Er ist mehr als eine bloße Galionsfigur, und seine Rolle als Präsident ist klar definiert. Er nimmt bestimmte Ernennungen im

militärischen oder diplomatischen Bereich vor oder genehmigt diese, ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte, kann per Dekret den Ausnahmezustand ausrufen, kann im Vorfeld der Wahlen eine Übergangsregierung einsetzen und hat ein aufschiebendes Vetorecht im Hinblick auf neue Gesetze.

Aus verfassungsrechtlicher Sicht ist Bulgarien sowohl theoretisch als auch praktisch in hohem Maße als zentralisiert zu bezeichnen. Zwar gibt es in den Städten, Gemeinden und Dörfern direkt gewählte Stadt- und Gemeinderäte, doch in finanziellen Angelegenheiten sind sie von der Zentralregierung abhängig, und sie verfügen nur in geringem Maß über Befugnisse, um ihre Einnahmen zu erhöhen. Es gibt acht größere Bezirke (Oblast). Diese haben jedoch keine direkt gewählten Institutionen, sondern werden von Bezirkspräsidenten im Stil von Präfekten verwaltet, die von der Regierung in Sofia eingesetzt werden.

Bei den Parlamentswahlen im April 1997 gab es folgendes Ergebnis:

Partei	Abkürzung	% der Stimmen	Anzahl der Sitze
Vereinigte Demokratische Kräfte	SDS	52,26	137
Bulgarische Sozialistische Partei	BSP	22,07	58
Allianz für Nationale Rettung	ANR	7,60	19
Eurolinke Koalition	EuL	5,50	14
Bulgarischer Geschäftsblock	BGB	4,93	12

c) Aktuelle Entwicklungen

i) Inländische politische Szene

Zwar sind die Spekulationen über die Verlegung der vor Mai 2001 vorgesehenen Wahlen auf einen früheren Zeitpunkt verstummt, doch bleibt die Korruption das wichtigste Thema in den Medien. Obwohl die derzeitige Regierung verschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption ergriffen hat, wie z.B. das neue Beamtengesetz, herrscht in der öffentlichen Meinung weiterhin Skepsis vor, und der Korruptionsverdacht bewirkt einen Vertrauensschwund auf nationaler wie internationaler Ebene. Die Umfragewerte der Antikorruptionsbewegung Gergyovden sind gestiegen, doch die meisten früheren Anhänger der Regierung scheinen ins Lager der Unentschlossenen oder Nichtwähler übergewechselt zu sein.

Von dem Abschneiden seiner Partei bei den Kommunalwahlen im Oktober 1999 enttäuscht, veranlasste Premierminister Ivan Kostov unmittelbar vor Weihnachten eine gründliche Säuberung seines Kabinetts. Zehn Minister (darunter alle drei stellvertretenden Premierminister) wurden entlassen und nur sechs blieben im Amt (darunter zwei sehr junge Minister). Auf diese Weise trennte er sich von mehreren Ministern, deren Leistung hinter den Erwartungen zurückgeblieben waren, und von zwei potenziellen Rivalen. Zudem setzte er sich in gewisser Weise mit den Korruptionsvorwürfen auseinander, ohne diese ausdrücklich zu bestätigen. Die Veränderungen konnten dem wachsenden Vertrauensverlust in die Regierung jedoch keinen Einhalt gebieten, führten aber zu einer gewissen Verbitterung. Im April beschuldigte der populäre frühere Innenminister Bogomil Bonev die Regierung und die Spitze der SDS der Korruption; dank der Unterstützung des Premierministers durch führende Parteikollegen überstand die Regierung im Mai ein Misstrauensvotum, das von der oppositionellen BSP und der Eurolinken eingebracht wurde, da die Regierung nicht fähig sei, die Korruption zu bekämpfen.

Die zweitägige Debatte über den Antrag zeigte deutlich, wie unbeliebt die Regierung ist, angesichts der Bemühungen um eine Strukturreform, die nach Beginn der Verhandlungen über den bulgarischen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union verstärkt wurden. Einer jüngsten Meinungsumfrage zufolge ist die Zustimmung zur Regierung auf 19 Prozent gefallen, obwohl der EU-Beitritt auf breiter Ebene Unterstützung findet.

Die Opposition behauptete, der Privatisierungsprozess sei durch einen Mangel an Transparenz untergraben worden. Beamte hätten Zahlungen akzeptiert, um Aufkäufe von Unternehmen, die Verlust machen, durch Manager und Angestellte zu genehmigen. Georgi Parvanov, der sozialistische Führer, sagte, die Privatisierung in Bulgarien „sei ein Symbol der Korruption geworden“. Er sagte, die Regierung habe es versäumt, Strafen gegen hohe Beamte zu verhängen, die bei einer von Bogomil Bonev, dem damaligen Innenminister, angeordneten Untersuchung namentlich genannt wurden. Bonev wurde im vergangenen Dezember im Zuge einer Kabinettsumbildung entlassen, und die Untersuchungsergebnisse wurden nicht veröffentlicht.

Nach der Sommerpause wiederholte BSP-Führer Parvanov seine Attacken. In einer Rede vor dem Parlament am 15. September beschuldigte er den Premierminister, hinter der Korruption und der Vetternwirtschaft zu stehen und wiederholte die von einem ausgewiesenen russischen Geschäftsmann gegen die SDS und die von Kostovs Ehefrau geleitete Stiftung gerichteten Korruptionsvorwürfe. Wie die bulgarische Nachrichtenagentur berichtete, erwog Kostov rechtliche Schritte. Der von der BSP gestellte Antrag auf Einrichtung eines Untersuchungsausschusses, der sich mit den Tätigkeiten und den Finanzen der Stiftung beschäftigen sollte, wurde abgelehnt.

Im Juni musste der bulgarische Chefunterhändler für die Verhandlungen mit der EU, Bozhkov, aufgrund angeblicher Unregelmäßigkeiten bei den Privatisierungen während seiner Zeit als Industrieminister zurücktreten. Sein Nachfolger wurde Vladimir Kissyov.

Es gab zahlreiche Gerüchte über Umgruppierungen innerhalb der regierenden UtdDF-Koalition, allerdings keinen klaren Rivalen für Kostov. Bei den Oppositionsparteien waren in den letzten Monaten verschiedene Entwicklungen festzustellen. Georgi Parvanov wurde auf einem Parteikongress im Mai als Vorsitzender der größten Oppositionspartei, der BSP, wiedergewählt, wo außerdem in einem symbolischen Bruch mit der Vergangenheit ein Beschluss verabschiedet wurde, in dem die "aktive Partnerschaft und Zusammenarbeit mit der Nordatlantischen Allianz" und die "Integration in alle europäischen und euro-atlantischen politischen, wirtschaftlichen und Verteidigungsstrukturen" festgeschrieben ist. Im Hinblick auf die Wahlen im kommenden Jahr rief der Vorsitzende der BSP in seiner Rede am 24. September zu einer neuen Linkskoalition auf.

Die überwiegend türkische Bewegung für Recht und Freiheit (BRF) bestätigte im Januar ihren Gründungsvorsitzenden Ahmed Dogan im Amt. Im Bestreben, die Isolierung seiner Partei zu beenden und sich gleichzeitig alle Optionen offen zu halten, schien er vor allem im Fall der Ablösung Kostovs als Parteivorsitzender für eine Annäherung an die SDS zu plädieren und führte Beratungen über eine eventuelle Zusammenarbeit mit der BSP.

Diese Entwicklungen trugen zu Spekulationen darüber bei, welche Parteien nach den nächsten Wahlen die Regierung bilden und welche Wahlbündnisse angesichts möglicher Wahlrechtsänderungen entstehen könnten. Ein anderer möglicher Partner der SDS, die sozialdemokratische Eurolinke (eine Abspaltung der BSP), befindet sich in Schwierigkeiten. Sie spaltete sich zusehends auf, und obwohl ihr Vorsitzender Aleksandur Tomov auf dem Parteikongress im Juni wiedergewählt wurde, gründete rund ein Drittel der Delegierten eine neue Gruppierung, die Sozialdemokratische Bewegung (SDB).

(Quelle: Economist Intelligence Unit)

ii) Das kommunistische Regime in Bulgarien wird als kriminell eingestuft

Am 26. April verabschiedete das Parlament mit 123 Stimmen bei einer Enthaltung und ohne Gegenstimme ein Gesetz, wonach das kommunistische Regime, das vom 9. September 1944 bis zum 10. November 1989 in Bulgarien existierte, als kriminell eingestuft wird. Georgi Panev, Parlamentsmitglied der Union Demokratischer Kräfte (SDS), brachte den Antrag ein, dessen anfängliche Version das kommunistische Regime für unrechtmäßig erklärte. Vor der zweiten Lesung wurde jedoch der Begriff "unrechtmäßig" durch "kriminell" ersetzt. Die Parlamentsmitglieder der oppositionellen Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) verließen den Sitzungssaal vor Eröffnung der Debatte. "Wir überlassen Ihnen die Abstimmung über dieses lächerliche Gesetz. Wir verlassen den Sitzungssaal und werden nach den Osterferien einen Misstrauensantrag stellen", sagte der Vorsitzende der BSP Georgi Purvanov, bevor er mit dem Rest seiner Partei den Saal verließ.

Einer Bestimmung zufolge sind die Führung der Bulgarischen Kommunistischen Partei und ihre Topfunktionäre folgender Punkte für schuldig befunden worden: „Absichtliche Zerstörung der traditionellen Werte europäischer Zivilisation, vorsätzliche Unterdrückung der grundlegenden Menschenrechte, moralischer und wirtschaftlicher Rückgang des Landes, Aufbau einer zentralisierten Wirtschaft vom Typ "verwalten und befehlen", Verletzung der grundlegenden Prinzipien des Rechtes auf Eigentum, Untergrabung der moralischen Wertvorstellungen der Menschen und Beeinträchtigung ihrer religiösen Freiheiten, ständiger Terror gegenüber denjenigen, die mit dem System nicht einverstanden waren und wahllose Zerstörung der Natur“.

Auf Antrag des Parlamentsmitglieds Yulii Slavov (SDS) verabschiedeten die Parlamentarier eine Klausel, wonach die Funktionäre der BKP für die "beispiellose unerhörte Behandlung der Parlamentsmitglieder der 25.

Nationalversammlung und all jener, die fälschlicherweise von den so genannten Menschengerichten verurteilt wurden" verantwortlich sind. Alle Maßnahmen, deren Ziel der Widerstand gegen das kommunistische Regime und dessen Sturz war, seien moralisch gerechtfertigt gewesen und verdienten Respekt, beschlossen die anwesenden Parlamentarier. Des weiteren enthielt der Gesetzentwurf Bestimmungen hinsichtlich der Entschädigung der Opfer des kommunistischen Regimes und der Aufhebung des Gesetzes über die Verjährung von Verbrechen durch das Regime zwischen 1944 und 1989. Diese wurden jedoch fallengelassen.

iii) Lokale Gebietskörperschaften

Die zunehmenden Finanzprobleme, denen sich immer mehr Gemeinden ausgesetzt sehen, führten den Sprecher der Gemeinden und des Parlaments, Yordan Sokolov, auf einer Sitzung der gesetzgeberischen und der regionalen Körperschaften am 25. September in Pleven dazu, zu einer größeren Autonomie der Gemeinden bei der Erhebung regionaler Steuern aufzurufen. Das Finanzministerium musste weitere 110 Millionen Lew als Subventionen für 132 Gemeinden freigeben.

iv) Präsidentschaft

In einer außerordentlichen Radioansprache am 25. September erklärte Präsident Stoyanov, dass er im Fall einer erneuten Kandidatur als unabhängiger Bewerber antreten werde. Er betonte, weder politischem Druck, von welcher Seite auch immer, nachgeben noch seinen Amtseid antasten zu wollen, um sich eine zweite Amtszeit zu sichern.

v) Auslandsbulgaren

Im Anschluss an die Initiative der Regierung, die zu Ostern dieses Jahres Bulgaren, die in Westeuropa, den USA oder in ausländischen Firmen in Bulgarien erfolgreich Karriere gemacht haben, zu einem zweitägigen Workshop eingeladen hatte, rief Präsident Stoyanov zum Abschluss seiner "Gesamtbulgarischen Zusammenkunft", die im August gleichzeitig mit dem traditionellen Folklorefestival von Rozhen stattfand, zur Bildung einer bulgarischen "Lobby" im Ausland auf.

vi) Nukleare Sicherheit

Die bulgarischen Kernkraftwerke liefern mehr als 40 % des Stroms des Landes, und Bulgarien exportiert Strom in die Türkei und andere Länder. Die Bedenken wegen Sicherheits- und Umweltfragen richten sich hauptsächlich auf das Kernkraftwerk Kosloduj in der Nähe der rumänischen Grenze, das rund 6.500 Mitarbeiter beschäftigt. 1993 unterzeichnete Bulgarien das Abkommen über nukleare Sicherheit, das die vorzeitige Abschaltung der Reaktorblöcke 1 bis 4 von Kosloduj vorsieht, die das größte Sicherheitsrisiko darstellen. Die Kommission vertrat dann die Ansicht, dass die Blöcke K1 - 2 im Jahr 2001 und K3 - 4 in den Jahren 2001/2002 stillgelegt werden könnten. Im September 1998 beschloss die bulgarische Regierung jedoch längere Fristen (2005 und 2010) und verlangte die Abänderung des Abkommens über nukleare Sicherheit, um den Betrieb der betreffenden Reaktorblöcke "bis zum Ablauf ihrer wirtschaftlich gerechtfertigten Laufzeit" zu ermöglichen.

Diese neuen Zahlen stimmen jedoch nicht mit den internationalen Zusagen seitens Bulgarien überein und berücksichtigen nicht die Priorität der Beitrittspartnerschaft. Bulgarien ist daher von dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament aufgefordert worden, seine Verpflichtungen einzuhalten. Die Kommission erklärte ihre Bereitschaft, Bulgarien sowohl in technischer als auch in finanzieller Hinsicht bei der Stilllegung der Reaktorblöcke K1 - 4 zu unterstützen.

Im November 1999 unterzeichneten die Kommission und Bulgarien eine Vereinbarung, in der Bulgarien der definitiven Abschaltung der veralteten Kosloduj-Blöcke 1 und 2 vor 2003 und der Blöcke 3 und 4 vor Ablauf ihrer wirtschaftlichen Laufzeit zustimmt. Am 18. April 2000 bewilligte die Kommission nach einer eingehenden Beurteilung der Probleme im Sicherheits-, Umwelt-, wirtschaftlichen und finanziellen Bereich einen Kredit für das Projekt. Eine unabhängige Evaluierung der durchzuführenden Maßnahmen ergab, dass eine Modernisierung die Sicherheitsstandards von Block 5 und 6 auf ein international anerkanntes Niveau anheben könnte und dass das Projekt auch aus wirtschaftlicher Sicht rentabel wäre.

Im Mai bewilligte die Europäische Kommission einen Kredit in Höhe von 212,5 Millionen € für das Kernkraftwerk Kosloduj. Die bulgarische Regierung und die bulgarische nationale Elektrizitätsgesellschaft würden die Bürgschaft für den Kredit übernehmen.

Die Diskussionen flackerten erneut auf, als Georgy Kaschiev, der Vorsitzende der staatlichen Behörde zur Beaufsichtigung der friedlichen Nutzung der Kernenergie, Anfang September angesichts eines Zwischenfalls in Kosloduj seinen Bedenken angesichts der immer schlechteren Sicherheitsstandards des Kernkraftwerks und den hohen Strahlendosen in der Umgebung äußerte. Dies brachte Umweltminister Evdokiya Maneva dazu, seinen Rücktritt zu fordern.

vii) Außenpolitik und regionale Entwicklungen

Vorrangiges außenpolitisches Ziel der bulgarischen Regierung ist der Beitritt zu EU und NATO. Ein Hauptanliegen der bulgarischen Außenpolitik ist, zu einem stabilisierenden Faktor auf dem Balkan zu werden. Bulgarien spielte eine aktive Rolle beim Stabilitätspakt und dem südosteuropäischen Kooperationsprozess. Bulgarien unterstützte die Intervention der NATO im Kosovo und leistet seinen Beitrag zu KFOR und SFOR. Vom 1. Juli bis 31. Dezember 2000 wird Bulgarien sich am Vorsitz des Arbeitskreises Sicherheit des Stabilitätspakts beteiligen.

Rumänien

Anfang Juni unterzeichneten Bulgarien und Rumänien ein Abkommen zum Bau einer zweiten Brücke über die Donau, um die regionale Kooperation und den Handel zwischen Südost- und Mitteleuropa über eine Route, die das mit Sanktionen belegte Jugoslawien umgeht, zu fördern. Die neue Brücke würde den rumänischen Hafen Calafat mit der bulgarischen Stadt Vidin verbinden. Die geschätzten Kosten in Höhe von 190 Millionen € werden durch Auslandskredite finanziert, die hauptsächlich von der Europäischen Union kommen. Bulgarien hatte das Projekt eingeleitet.

Die Anbindung der Brücke an das Straßen- und Schienennetz wird voraussichtlich ebenfalls unterstützt. Rumänien plant die Investition von 1 Milliarde US-Dollar für diese infrastrukturellen Maßnahmen. Davon würden 700 Millionen US-Dollar für eine zweite Gleisstrecke zwischen Calafat und der ungarischen Grenze aufgewendet. Die einzige existierende Donaubrücke zwischen Rumänien und Bulgarien ist 44 Jahre alt und besteht aus einer zweispurigen Bahn- und Straßenverbindung, die den rumänischen Hafen Giurgiu und die bulgarische Stadt Ruse miteinander verbindet.

Rumänien, Ukraine und die Republik Moldau

Im Juni unterzeichneten Rumänien, Bulgarien, die Ukraine und die Republik Moldau Übereinkünfte zur Wiederherstellung von Schwemmebenen und Feuchtgebieten an der Donau und dem Schwarzen Meer sowie zur Schaffung eines geschützten Flussdeltas. Die Umweltminister der vier Länder unterzeichneten in Bukarest die erste Übereinkunft zur Schaffung des "grünen Korridors an der unteren Donau", dessen bestehenden Schutzgebieten mit einer Größe von 773 166 Hektar noch etwa 300 000 Hektar hinzugefügt werden sollen.

Der geplante Korridor würde Feuchtgebiete, Seen, geflutete Wälder und Wiesen umfassen. Mehr als 80 Prozent der Feuchtgebiete des Donaubeckens und der Schwemmebenen wurden in den letzten 100 Jahren zerstört. Die Übereinkunft soll auch dazu beitragen, die Wirtschaft anzukurbeln (beispielsweise Fischerei und Tourismus) und die Umweltverschmutzung im Bereich der unteren Donau zu vermeiden und zu verringern.

Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien/Albanien

Die Projekt einer Erdölpipeline zwischen Burgas und Vlore, die den bulgarischen Schwarzmeerhafen Burgas mit dem albanischen Adriaafen Vlore über die FYROM verbindet, nahm im Juli konkretere Formen an, nachdem die Durchführbarkeitsstudien abgeschlossen waren und die AMBO (Albanian, Macedonian and Bulgarian Oil Corporation) damit begann, die erforderlichen Mittel aufzubringen. Die Route soll dem "Verkehrskorridor VIII" entlang der Eisenbahnstrecke und der Straße folgen, die bereits im Bau sind. AMBO will 450 Millionen US-Dollar der Gesamtkosten von 1,113 Milliarden US-Dollar mit einer Aktienemission und den Rest über Kredite von verschiedenen internationalen Institutionen aufbringen. Es bestehen verschiedene andere Pipelineprojekte für den Transport von Erdöl vom Kaspischen Meer auf die Märkte des Westens; die Balkanroute gilt insbesondere für den Fall, dass die Fördermenge im Kaspischen Meer noch zunimmt, als Umgehung für den bereits jetzt überlasteten Bosphorus.

Hier liefern sich mehrere Projekte einen harten Wettbewerb, so gibt es z.B. verschiedene Vorschläge für eine Erdölpipeline vom rumänischen Hafen Constanta nach Triest über Ungarn und Slowenien oder Kroatien oder sogar Jugoslawien, wobei Griechenland sich auch für die Alternativroute Burgas-Alexandropoulis eingesetzt hat.

III. WIRTSCHAFTSLAGE

Zusammenfassung

Es wird erwartet, dass Bulgarien seine gute Entwicklung der vergangenen beiden Jahre auch 2000 und 2001 fortsetzt, wobei ein reales BIP-Wachstum von 4,5 % und 4,9 % prognostiziert wird. Die Kommission¹ erwartet eine Zunahme

¹ Europäische Kommission, GD Wirtschaft und Finanzen, **European Economic, Supplement C**, Economic Reform Monitor, Nr. 2, Mai 2000.

der Industrieproduktion, die von starken Ausfuhren getragen wird. Im Jahr 2000 dürfte sich das derzeitige Zahlungsbilanzdefizit in Richtung 4 % des BIP verbessern. Dies wäre eine deutliche Senkung gegenüber 1999, als die negative Warenhandelsbilanz nur zum Teil von den Dienstleistungen ausgeglichen wurde. Es ist davon auszugehen, dass die direkten ausländischen Investitionen als Ergebnis der Privatisierung steigen, doch sind weitere Anstrengungen notwendig, wenn man in Zukunft einen Strom von Investitionen auf der grünen Wiese anziehen will. Der Regierungshaushalt wird wohl ein höheres Defizit als 1999 aufweisen, bleibt aber relativ ausgeglichen. Die Inflation wird für das Gesamtjahr auf ungefähr 8 % geschätzt. Aufgrund der Umstrukturierung der Unternehmen und öffentlichen Versorgungsunternehmen nimmt die Arbeitslosigkeit zu.

Der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik wird in den kommenden beiden Jahren auf der Erfüllung der Bedingungen für Darlehen des IWF und der Weltbank² sowie auf der Verabschiedung und Umsetzung der EU-Gesetzgebung im Rahmen der bulgarischen EU-Beitrittsverhandlungen liegen. Diese Politiken werden vor allem im Energiesektor zu einer weiteren Liberalisierung in den Versorgungssektoren, zur Privatisierung einiger der verbliebenen großen Staatsbetriebe, zu einer weiteren Reform des Gesundheitswesens und, was die EU anbelangt, zu einer Vielzahl von neuen Gesetzen für den Außen- und Binnenhandel führen. Auf lange Sicht erfordert der von Bulgarien angestrebte EU-Beitritt ein schnelles Wachstum über mehrere Jahre und bedeutende Anstrengungen zum Aufbau einer voll wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft.

Leistungsprognose

Auslöser der Wirtschaftsbelebung im zweiten Halbjahr 1999 war das Ende des Kosovo-Konflikts; sie wurde hauptsächlich von einem höheren privaten Verbrauch und einer lebhaften Investitionstätigkeit getragen. Das BIP-Wachstum lag 1999 bei 2,4 %. Die deutliche Zunahme des Beschäftigungsgrades dürfte sich vor allem aufgrund des Wirtschaftsaufschwungs in der EU auch 2000 und 2001 fortsetzen. Laut der Prognose der Kommission wird das reale BIP-Wachstum im Jahr 2000 um 4,5 % und 2001 um 4,9 % zunehmen.

Als Folge der noch nicht abgeschlossenen Umstrukturierung ging die Industrieproduktion 1999 um 5 % zurück. Davon stark betroffen waren u.a. die KFZ- und die Chemiebranche. Für 2000 und 2001 wird erwartet, dass die Industrieproduktion sich getragen von einer stärkeren Inlandsnachfrage und guten Exportzahlen erholen wird.

Es gibt jedoch auch weiterhin ungelöste Probleme:

- Die Arbeitslosigkeit ist hoch. Nachdem sie 1998 auf 12 % zurückgegangen war, nahm die Arbeitslosigkeit 1999 deutlich zu und lag im Februar 2000 bei 18 %. Die Arbeitslosenquote stieg nach offiziellen Angaben im gesamten Jahr 1999 aufgrund massiver Entlassungen infolge der Umstrukturierung oder Abwicklung staatlicher Unternehmen. Ein sehr großer Teil der Bevölkerung, darunter vor allem Rentner und Bewohner weniger entwickelter Gebiete, lebt weiterhin in Armut.
- Es bleibt noch viel zu tun, bis das vorrangige Ziel der Regierung, nämlich die Erfüllung der Kriterien für den EU-Beitritt, erreicht sein wird. Bulgarien weist das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen aller 12 Bewerberländer auf, und bis es zu den Ländern der mittleren Einkommengruppe aufgeschlossen hat, muss es über mehrere Jahre ein sehr schnelles Wachstum vorlegen. Bulgarien hat außerdem einiges aufzuholen, was den Abschluss seiner Strukturreformen zum Aufbau einer voll wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft anbelangt. Der staatseigene Sektor muss ein höheres Maß an Finanzdisziplin an den Tag legen. Die Einrichtung wirksamer Liquidations- und Konkursverfahren ist immer noch nicht abgeschlossen, sodass auch eigentlich nicht lebensfähige Unternehmen weiter bestehen. Der aufstrebende Privatsektor muss mit zahlreichen Verwaltungshemmnissen wie z.B. umständlichen Genehmigungsverfahren, schwacher Kontrolle und einem Bankensystem zurechtkommen, das ungern Kredite gewährt. Die Kreditwürdigkeit Bulgariens liegt weit unter der Investitionsrate, und ausländische Direktinvestitionen (FDI) von weniger als 200 US-Dollar pro Kopf sind auch im regionalen Vergleich wenig.

Die Erhöhung der FDI ist angesichts der geringen Investitionen, die Bulgarien seit Beginn des Übergangsprozesses verbuchen konnte, ein vorrangiges Ziel der Regierung. Die derzeitige makroökonomische Stabilität wird von den Investoren als ein positiver Faktor erkannt, sodass die Zahlen für 1999 eine sehr deutliche Verbesserung gegenüber 1998 erkennen lassen.

² IWF, **IMF Staff Country Reports Nr. 00/53, 00/54**, Article IV Consultation and Third Review under the Extended Arrangement, 19. April 2000.

Wirtschaftspolitische Ziele

Privatisierung

Bis März 2000 hatte die Regierung 71 % des in Frage kommenden Anlagevermögens privatisiert. Bei der Privatisierung kam es zu mehreren Rückschlägen, sodass es unwahrscheinlich erscheint, dass im Jahr 2000 noch zu größeren Privatisierungen kommen wird. Bulbank wurde im Juli 2000 für 385 Millionen US-Dollar verkauft, der Verkauf des nationalen Telekommunikations-Betreibers BTC scheiterte jedoch Ende Juli/Anfang August. Für das Tabakunternehmen Bulgartabac fanden sich keine Bieter, und auch der Verkauf der Biochim-Bank gestaltete sich schwierig. Darüber hinaus wurde deutlich, dass die staatliche Versicherungsanstalt nicht vor dem Ende des Jahres verkauft werden würde, da noch keine Ausschreibung erfolgt ist. Der Verkauf des staatlichen Sparinstituts wird ebenfalls erst im Jahr 2001 erwartet.

Haushalt, Preise

Das konsolidierte staatliche Haushaltsdefizit im Jahr 2000 wird auf 1,2 % des BIP geschätzt. Das Haushaltsdefizit dürfte im Jahr 2001 aufgrund Infrastrukturaufwendungen leicht steigen.

Im März 2000 wurde das Programm "Bulgarien 2001" auf den neuesten Stand gebracht. Sein Ziel ist die Fortsetzung der Reform, doch ist in der Neufassung des Programms auch von Maßnahmen zur Schaffung von 250.000 neuen Arbeitsplätzen und zum Einfrieren bestimmter Energiepreise die Rede. Die Strukturreform geht in dem Ausmaß und nach dem Zeitplan voran, die in dem mit dem IWF vereinbarten mittelfristigen Zeitplan festgeschrieben sind. Die Verhandlungen über den Verkauf einer bestimmten Zahl großer staatseigener Unternehmen an ausländische Investoren gingen langsamer als angekündigt vonstatten. Die mit Rumänien getroffene Vereinbarung über den Bau einer zweiten Brücke über die Donau ist ein wichtiges Anzeichen für die Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit und wird mittelfristig zu einem stetigeren Wachstum in der Region führen.

Es wird erwartet, dass der hohe Erdölpreis auf dem Weltmarkt, die Schwäche des an den Euro gebundenen Lew und die Erhöhung der Energiepreise im Januar und August 2000 die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt von 0,4 % im Jahr 1999 auf 7,9 % im Jahr 2000 hochschrauben, bevor niedrigere Energiepreise auf dem Weltmarkt und der reale Kursanstieg des Lew einen Rückgang auf 4,8 % bewirken.

Handel

Von März bis Juni 1999 waren die Transitrouten nach Westeuropa aufgrund des Kosovo-Konflikts blockiert, was höhere Transportkosten und weitere Ausfuhrerlösausfälle zur Folge hatte. 1999 erfolgte die intensivste Privatisierungs- und Umstrukturierungsphase, was weitere Belastungen für Bulgarien bedeutete: Unwirtschaftliche Großunternehmen in den traditionellen Branchen wurden geschlossen und nur schrittweise durch einen dynamischen Privatsektor ersetzt. Diese Schocks führten insgesamt zu einem drastischen Rückgang der Ausfuhren.

Vorläufige Angaben für 1999 deuten auf eine Verschlechterung der Zahlungsbilanz auf ein Defizit von 5,5 % des BIP hin. Während die Einfuhren angekurbelt von einer lebhaften Inlandsnachfrage nach Konsumgütern und Sachkapital zulegten, nahmen die Ausfuhren deutlich ab. Die negative Leistungsbilanz (10 % des BIP) wurde durch die gute Entwicklung bei den Dienstleistungen einschließlich des Tourismus nur zum Teil ausgeglichen. Für das Jahr 2000 prognostizieren Fachleute der Kommission ein Defizit von knapp über 4 % des BIP. Ein Teil dieses Defizits wird durch den FDI-Zufluss abgedeckt, allerdings musste die FDI-Prognose aufgrund einer fehlgeschlagenen Ausschreibung nach unten korrigiert werden. Der Restbetrag muss durch Auslandsdarlehen vor allem von multilateralen Kapitalgebern abgedeckt werden.

Von den bulgarischen Gesamtausfuhren 1999 gingen über 54 % in die EU (gegenüber 24 % 1991), während über 50 % der Einfuhren Bulgariens aus der EU kamen (1991: 39 %). Die wichtigsten Handelspartner in der EU sind Deutschland, Italien und Griechenland.

Wichtigste Wirtschaftstrends und Zusammenfassung der Prognose

	1998	1999(s)	2000(p)	2001(p)
Reales BIP- Wachstum (Prozent)	3,4	2,4	4,5	4,9
Inflation (VPI, Jahresdurchschnitt in %)	22,8	0,4	7,9	4,8
Saldo des gesamtstaatlichen Haushalts (% des BIP)	1,3	-0,9	-1,2	
Leistungsbilanz (% des BIP)	-1,6	-5,5	-4,1	-3,1
Arbeitslosenquote (jeweils zum Jahresende, laut IAO-Definition)	12,2	14,6	18,1	

(s) Schätzung (p) Prognose

IV. BEZIEHUNGEN ZUR EU

Bulgarien stellte am 18. Dezember 1995 einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union. In ihrer Stellungnahme vom Juli 1997 zum Antrag Bulgariens empfahl die Kommission auf Grundlage der Kopenhagener Kriterien, dass Bulgarien nicht zur ersten Gruppe der Länder gehören sollte, mit denen die Verhandlungen beginnen. Die Stellungnahme erkannte zwar, dass Bulgarien auf dem richtigen Weg ist, was die Erfüllung der politischen Kriterien anbelangt, doch seien die Fortschritte im wirtschaftlichen Bereich zu gering. Auf der Grundlage des zweiten regelmäßigen Kommissionsberichts wurde Bulgarien zusammen mit fünf weiteren Ländern im Dezember 1999 auf den Gipfel von Helsinki eingeladen, wo die Beitrittsverhandlungen beginnen sollten. Die Verhandlung der wesentlichen Punkte begann im März 2000.

a. Die Kommission

Zur Information über die Stellungnahme der Kommission von Juli 1997 konsultieren Sie bitte das frühere Dokument PE 167.392/rev.1. Dieses Dokument enthält auch Informationen über die Beitrittspartnerschaft, die Anfang 1998 geschlossen wurde. Die Beitrittspartnerschaft wurde für 1999 unter Berücksichtigung der Entwicklungen in Bulgarien und der Analyse des regelmäßigen Berichts über die Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt von 1999 erneuert.

(Den vollständigen Wortlaut der Erneuerung der Beitrittspartnerschaft von Februar 2000 finden Sie unter: <http://europa.eu.int/comm/enlargement/docs/index.htm>).

Regelmäßige Berichte

Im November 1998 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren ersten regelmäßigen Bericht über die Fortschritte Bulgariens auf dem Weg zum Beitritt, auf den im Oktober 1999 ein zweiter regelmäßiger Bericht folgte. In seiner Schlussfolgerung verlangte der zweite Bericht weitere Anstrengungen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und zum Schutz der Menschen- und Minderheitenrechte und insbesondere die Umsetzung von Entscheidungen hinsichtlich der Roma. Die Bekämpfung der Korruption und die Verbesserung des Funktionierens des Justizsystems wurden ebenfalls als vorrangige Bereiche ausgemacht, obwohl der Bericht anerkennt, dass im Bereich Justiz und Inneres beträchtliche Fortschritte erzielt wurden.

Der Bericht merkt an, Bulgarien habe "weitere Fortschritte beim Aufbau einer funktionierenden Marktwirtschaft" gemacht, allerdings bestehe "jedoch noch weiterer Handlungsbedarf, und das Land ist noch nicht in der Lage, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Union mittelfristig standzuhalten. Nunmehr sollten der Abschluss der Privatisierung und die Beschleunigung der Umstrukturierung von Unternehmen und Banken Vorrang erhalten." Während die Anstrengungen Bulgariens zur Einführung der Hauptelemente der Rechtsvorschriften über den Binnenmarkt begrüßt werden, betont der Bericht gleichzeitig, dass "der Fähigkeit der Verwaltungen zur

Durchführung und Durchsetzung der Rechtsvorschriften weiterhin besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden" muss.

Der Bericht kann "im Bereich der staatlichen Beihilfen ... keine nennenswerten Fortschritte" erkennen. Trotz einiger Fortschritte bei der Angleichung im Landwirtschaftssektor wird auch auf Durchführungsprobleme, die notwendige Verstärkung der tierärztlichen Kontrollen und die dringende Beschleunigung der Landrückgabe hingewiesen. Der Bericht stellt fest, dass zwar wichtige Schritte zur Schaffung einer Grundlage für die Regionalpolitik unternommen wurden, im sozialen Bereich hingegen geringere Fortschritte zu beobachten seien, und hält es für problematisch, dass trotz einiger Fortschritte im Umweltbereich weder eine Gesamtstrategie noch Strategien für die einzelnen Sektoren bestehen. Einigen energiepolitischen Maßnahmen stehen mangelnde Fortschritte bezüglich eines realistischen Zeitplans für die Abschaltung der Blöcke 1-4 des Kernkraftwerks Kosloduj entgegen.

Er begrüßte die Verabschiedung eines Beamtengesetzes und die wichtigen Fortschritte, die bei der Entwicklung des Rechtsrahmens gemacht wurden, der für die Schaffung der Institutionen, die das Gemeinschaftsrecht umsetzen sollen, notwendig ist, zeigt aber gleichzeitig, wie sehr die knappe personelle und finanzielle Ausstattung ihre Fähigkeit zur wirksamen Durchsetzung des Besitzstands beeinträchtigt hat.

(Den vollständigen Wortlaut des Berichts finden Sie unter:

<http://europa.eu.int/comm/enlargement/docs/index.htm>).

Hilfsprogramme

Bulgarien erhält seit 1990 Hilfe aus dem PHARE-Programm. Unter dem neuen Instrument für die Bereiche Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums (SAPARD) erhält Bulgarien zwischen 2000 und 2006 eine jährliche Zuweisung mit dem Richtwert von 52.124.000 €. Der nationale Plan Bulgariens wurde im September 2000 im STAR-Lenkungsausschuss gebilligt, sodass der Weg für spezifische Programme frei war. Bulgarien kann außerdem innerhalb eines Richtanteils von 8 % bis 12 % des gesamten Jahreshaushalts von 1,04 Milliarden € Unterstützung unter dem strukturpolitischen Instrument ISPA beantragen.

b. Europäisches Parlament

Als das Parlament seine Stellungnahme zur Agenda 2000 der Kommission und die Stellungnahmen zu den Anträgen auf Mitgliedschaft prüfte, war es der Ansicht, dass der Erweiterungsprozess so umfassend wie möglich sein sollte. Am 4. Dezember 1997 verabschiedete das Parlament eine "Entschließung zu der Mitteilung der Kommission 'Agenda 2000 - Eine stärkere und erweiterte Union'" (C4- 0371/97). Die Entschließung besagt, dass das Parlament "der Auffassung ist, dass alle Beitrittskandidaten, die das in Kopenhagen festgesetzte Kriterium einer gefestigten demokratischen Ordnung, der Wahrung der Menschenrechte und des Schutzes von Minderheiten derzeit erfüllen, das Recht haben, zur gleichen Zeit den verstärkten Beitritts- und Verhandlungsprozess aufzunehmen, und dass dieser Prozess für alle diese Länder Anfang 1998 beginnen sollte." Nachdem betont wurde, dass der Prozess so umfassend wie möglich sein sollte, bekräftigte die Entschließung die Auffassung des Parlaments "dass intensive Verhandlungen auf individueller Grundlage mit den Ländern beginnen sollten, die die größten Fortschritte erzielt haben, und unterstützt - auch wenn es einige faktische Ungenauigkeiten feststellt - die Einschätzung der Kommission hinsichtlich der diesbezüglichen Länder". Insbesondere in Bezug auf Bulgarien ist die Entschließung "der Auffassung, dass Bulgarien in letzter Zeit beträchtliche Anstrengungen beim Übergang zu einer Marktwirtschaft unternommen hat, auch wenn auf dem Gebiet der Umwelt, des Verkehrs, der Landwirtschaft, der Energie und der Justiz noch einschneidende Maßnahmen getroffen werden müssen; weist ferner darauf hin, dass eine umfassende Reform der Verwaltung auf sämtlichen Ebenen für eine angemessene Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstands ebenfalls notwendig ist." Zudem "unterstreicht sie, dass Bulgarien mittlerweile die wichtigsten politischen Auflagen erfüllt, und ist davon überzeugt, dass die Aufnahme von Verhandlungen die Fortsetzung der eingeleiteten Reformen begünstigen und vorantreiben und unter der bulgarischen Bevölkerung einem Gefühl der Ausgrenzung vorbeugen würde, während gleichzeitig die Präsenz der Union in einer politisch äußerst instabilen Region gestärkt würde."

Das Parlament betonte zudem die Bedeutung der Europakonferenz als "wesentliches Instrument der politischen Zusammenarbeit".

Der *Gemeinsame Parlamentarische Ausschuss der EU und Bulgariens* kam am 5. und 6. Juli 2000 zum zehnten Mal zusammen. Er kam zu dem Schluss, dass der schnelle Fortschritt der Beitrittsverhandlungen beweist, dass Bulgarien in der Lage ist, seine Aufgabe bei den Verhandlungen in vollem Umfang zu erfüllen. Der Ausschuss verwies auf den Konsens im bulgarischen Parlament für die EU-Mitgliedschaft und die Bildung eines neuen ständigen Ausschusses, des Rates für Europafragen, der sich mit der Bewertung der gesetzlichen Prioritäten und der Prüfung der Übereinstimmung von Gesetzentwürfen mit dem gemeinschaftlichen Besitzstand beschäftigt. Der Gemeinsame Ausschuss erkannte an, dass die bulgarische Wirtschaft sich wieder im Wachstum befindet, und rief zur Schaffung eines günstigen Geschäftsklimas, zu Maßnahmen zur Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit, mehr sozialem Schutz in Begleitung der Wirtschaftsreform und zu größerer Transparenz bei der Umstrukturierung und

Privatisierung der staatlichen Monopole auf. Er begrüßte die Fortschritte bei der Umsetzung des neuen Rahmenprogramms zur Wiedereingliederung der Roma und verlangte weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption und zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Verwaltungen. Außerdem erkannte er in dem Plan zur Verbesserung des Schutzes der Staatsgrenzen auf Schengen-Niveau bis Ende 2001 ein wichtiges Ziel, verwies jedoch auf die zu überwindenden praktischen Schwierigkeiten.

Im Zusammenhang mit der *jährlichen Debatte über die Erweiterung*, die von der Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments für die erste Plenartagung im Oktober 2000 anberaumt wurde, verabschiedete der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten am 14. September eine Reihe von Länderberichten und einen globalen Bericht zur Erweiterung. Der Bericht über Bulgarien wurde von Geoffrey Van Orden für den Ausschuss verfasst.

c. Ministerrat und Europäischer Rat

Nach Beendigung der Regierungskonferenz von Amsterdam im Juni 1997 beschloss der Rat im Dezember 1997 in Luxemburg, "einen Beitrittsprozess einzuleiten, der die zehn mittel- und osteuropäischen Bewerberstaaten sowie Zypern umfasst". Darüber hinaus beschloss der Rat, "im Frühjahr 1998 bilaterale Regierungskonferenzen einzuberufen, um die Verhandlungen mit Zypern, Ungarn, Polen, Estland, der Tschechischen Republik und Slowenien über die Bedingungen ihres Beitritts zur Union und die damit verbundenen Anpassungen der Verträge zu beginnen". Der Erweiterungsprozess wurde mit der ersten Europakonferenz am 12. März 1998 in London ordnungsgemäß eingeleitet.

Im Dezember 1999 in Helsinki beschloss der Europäische Rat, "im Februar 2000 bilaterale Regierungskonferenzen einzuberufen, um mit Rumänien, der Slowakei, Lettland, Litauen, Bulgarien und Malta Verhandlungen über die Bedingungen für ihren Beitritt zur Union und die sich daraus ergebenden Anpassungen des Vertrags aufzunehmen". Er betonte, dass "bei den Verhandlungen jedes beitriftswillige Land für sich genommen beurteilt werden wird. Dieser Grundsatz wird sowohl für die Eröffnung der Verhandlungen über die verschiedenen Verhandlungskapitel als auch für den weiteren Verlauf der Verhandlungen gelten. Um die Dynamik der Verhandlungen aufrechtzuerhalten, sollten schwerfällige Verfahren vermieden werden. Die beitriftswilligen Länder, die jetzt in den Verhandlungsprozess einbezogen worden sind, werden die Möglichkeit haben, innerhalb eines vertretbaren Zeitraums die Länder einzuholen, mit denen bereits verhandelt wird, sofern sie hinreichende Fortschritte bei ihrer Vorbereitung auf den Beitritt erzielt haben. Fortschritte bei den Verhandlungen müssen mit Fortschritten bei der Einbeziehung des Besitzstands in einzelstaatliches Recht und bei der tatsächlichen Durchführung und Durchsetzung des Besitzstands einhergehen."

Verhandlungen

Die wesentlichen Beitrittsverhandlungen begannen auf der Ebene der Stellvertreter am 28. März 2000, und die zweite Runde fand am 25. Mai statt. Zunächst wurde mit Bulgarien über sechs Kapitel des gemeinschaftlichen Besitzstandes verhandelt: kleine und mittlere Unternehmen, Wissenschaft und Forschung, allgemeine und berufliche Bildung und Jugend, Außenwirtschaftsbeziehungen, Kultur- und audiovisuelle Politik sowie gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Auf der Beitrittskonferenz auf Ministerebene am 14. Juni wurden vier Kapitel vorläufig geschlossen, wobei der Abschluss des Kapitels Kultur und Politik im audiovisuellen Bereich nach der Verabschiedung des Gesetzes über Rundfunk- und Fernsehübertragungen erwartet wird. Das Haupthindernis für den Abschluss des Kapitels Außenbeziehungen ist Bulgariens Beharren auf den vor kurzem mit der FYROM geschlossenen Abkommen über den freien Handel und andere Bereiche, die als unvereinbar mit der EU-Mitgliedschaft erachtet werden, solange die EU nicht ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der FYROM schließt. Bulgarien hat darüber hinaus Positionspapiere zu den Sachpunkten Statistik, Telekommunikation, Verbraucherschutz und Gesundheit, Industriepolitik, Gesellschaftsrecht und Wettbewerbspolitik vorgelegt.

d. Haltung der bulgarischen Regierung

Die bulgarische Regierung erachtet den Beitritt zur EU als eine wichtige strategische Zielsetzung, die dazu beitragen wird, den Wohlstand zu vergrößern und die Rechtsstaatlichkeit sowie die Rolle der Marktwirtschaft zu stärken. Sie begrüßte die Entscheidung, den Erweiterungsprozess so umfassend wie möglich zu gestalten, akzeptierte jedoch, dass der Beitritt nicht eine einzelne politische Handlung ist, sondern ein langwieriger Prozess, der die Mobilisierung der gesamten bulgarischen Gesellschaft hinsichtlich der Verinnerlichung der europäischen Werte verlangt.

Unter Verweis auf die bedeutenden Fortschritte, die bis zum Ende der ersten Verhandlungsphase im Juni 2000 erreicht wurden, betonte der bulgarische Außenminister die Entschlossenheit seines Landes, den Prozess der Angleichung an den gemeinschaftlichen Besitzstand fortzusetzen und die im Verlauf der Verhandlungen eingegangenen Verpflichtungen in nationales Recht umzusetzen. Zur Frage der noch nicht abgeschlossenen spezifischen Kapitel zeigte sich die bulgarische Regierung zuversichtlich, dass die Neufassung des Gesetzes über Rundfunk und Fernsehen in Kürze verabschiedet wird, und hoffte, dass unter der französischen Präsidentschaft

schnelle Fortschritte beim Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der FYROM stattfinden.

* * * * *

Weitere Auskünfte erteilt:

Adam Isaacs / EUROPÄISCHES PARLAMENT / GDIV /

Dienststelle Internationale Zusammenarbeit, Analyse und dokumentarische Recherche/Brüssel

Tel.: (32) 2 284 3072 / Telefax: (32) 2.284 9063 / E-Mail: aisaacs@europarl.eu.int

Für weitere Informationen über den wirtschaftlichen Teil wenden Sie sich bitte an:

Anton Lensen/ EUROPÄISCHES PARLAMENT / GDIV

Abteilung Internationale und Konstitutionelle Angelegenheiten/Luxemburg

Tel.: (352) 4300 23707 / e-mail: lensen@europarl.eu.int

Quellen: Economist Intelligence Unit, BBC Monitoring Service, bulgarisches Radio, bulgarische Nachrichtenagentur, Oxford Analytica Data Base, European Economy – Economic Reform Monitor (Europäische Kommission), Radio Free Europe, Reuters

Anhang:

1. Regierungsliste
2. Außenhandel Bulgariens 1991-1999
Anteil der EU am Außenhandel Bulgariens 1991-1999
3. Grundlegende statistische Angaben zu Bewerberländern in Mittel- und Osteuropa

Anhang 1

REGIERUNGSLISTE: STAND 24. MAI 2000

Präsident**.	Peter STOYANOV
Vizepräsident**	Todor KAVALDZHIEV
(**Vereidigt am 19. Jan. 97, Amtsantritt: 22. Jan.)	

KABINETT: (Gebildet: 21. Mai 97, umgebildet: 21. Dez. 1999)	
Premierminister	Ivan KOSTOV
(Auch Minister für staatliche Verwaltung)	
Stellvertretender Premierminister	Petar ZHOTEV
(Auch Wirtschaftsminister)	

MINISTER:	
Land- u. Forstwirtschaft	Ventsislav VARBANOV
Kultur	Ema MOSKOVA
Verteidigung	Boiko NOEV
Ökologie und Wasser	Evdokia MANEVA
Wirtschaft	Petar ZHOTEV
Bildung u. Wissenschaft	Dimitar DIMITROV
Finanzen	Muravei RADEV
Außenpolitik	Nadezhda MIHAILOVA
Gesundheit	Ilko SEMERDZHIEV
Inneres	Emanuil YORDANOV
Justiz	Teodossyi SIMEONOV
Arbeits- u. Sozialpolitik	Ivan NEIKOV
Regionale Entwicklung u. Öffentliche Arbeiten	Evgeni CHACHEV
Staatliche Verwaltung	Ivan KOSTOV
Transport u. Kommunikation	Antoni SLAVINSKI
Minister für Sonderaufgaben	Alexander PRAMATARSKI

Parlamentarischer Sprecher	Yordan SOKOLOV

Präsident der Zentralbank	Svetoslav GAVRIISKI

Anhang 2

Außenhandel Bulgariens 1991-1999

Quellen: Direction of Trade Statistics, Yearbooks, IWF, COMTEXT, EUROSTAT

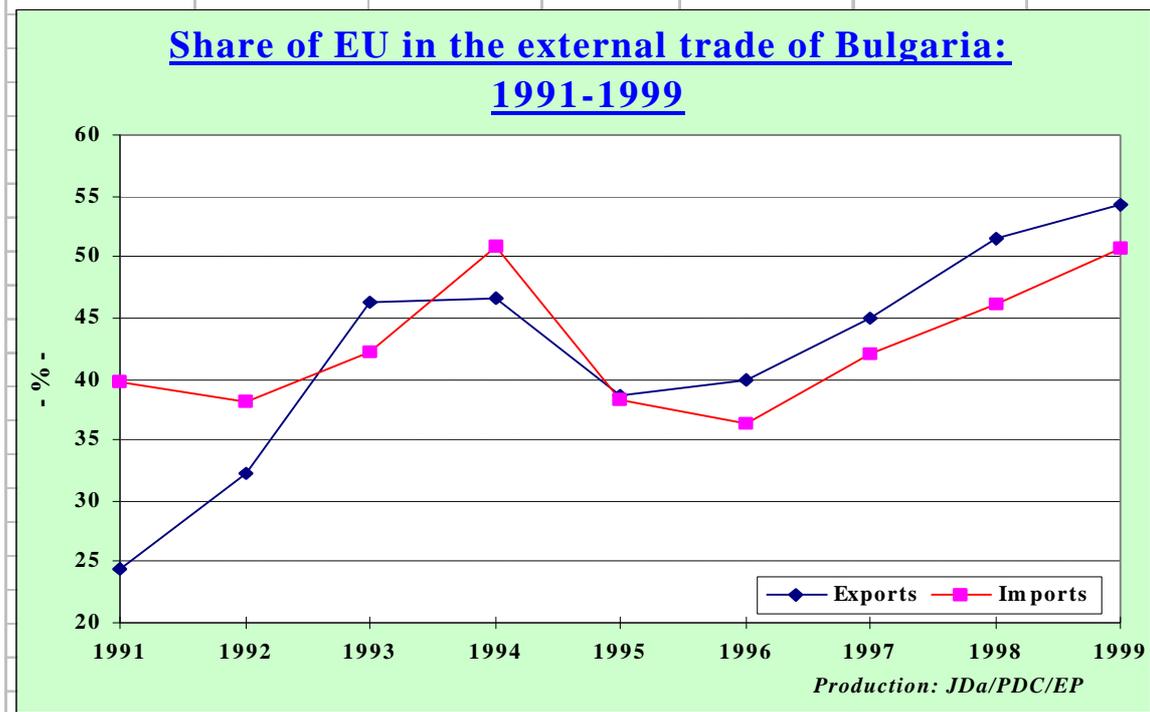
Produktion: Jda/Zentrum für parlamentarische Dokumentation/Europäisches Parlament

External trade of Bulgaria: 1991-1999						
<i>Mio ECU/€</i>						
	Export			Import		
	Total	of which: EU		Total	of which: EU	
		Mio ECU	%		Mio ECU	%
1991	3.034	742	24,4	3.059	1.214	39,7
1992	2.735	881	32,2	3.251	1.240	38,1
1993	2.013	931	46,2	3.863	1.629	42,2
1994	2.824	1.315	46,6	3.930	2.000	50,9
1995	3.991	1.539	38,6	4.181	1.604	38,4
1996	3.765	1.506	40,0	3.852	1.402	36,4
1997	3.804	1.713	45,0	3.421	1.436	42,0
1998	3.702	1.906	51,5	4.499	2.074	46,1
1999	3.521	1.909	54,2	4.824	2.447	50,7

Sources: Direction of Trade Statistics, Yearbooks, IMF

COMEXT, EUROSTAT

Production: JDa/Parliamentary Documentation Centre/European Parliament



Basic statistics for applicant countries in Central and Eastern Europe

	<u>Estonia</u>	<u>Latvia</u>	<u>Lithuania</u>	<u>Czech Rep.</u>	<u>Hungary</u>	<u>Poland</u>	<u>Slovakia</u>	<u>Slovenia</u>	<u>Bulgaria</u>	<u>Romania</u>	<u>CEEC-10</u>	<u>European Union</u>
Area (1000 sq. km)	45,2	64,6	65,2	78,9	93,0	312,7	49,0	20,3	110,9	237,5	1077,2	3191,1
Population (MIO, 1st January 1999)	1,4	2,4	3,7	10,3	10,1	38,7	5,4	2,0	8,2	22,5	104,7	375,3
Population/sq.km	32	38	57	130	108	124	110	98	74	95	98	118
Infant mortality (per 1000, in 1998):	9,3	15,0	9,3	5,2	9,7	9,5	8,8	5,0	14,4	20,5		5,2
Expectation of life at birth, 1997/98: Women	76,0	74,9	76,8	78,1	75,1	77,3	76,7	78,7	74,3	73,3	76,0	80,8
Men	64,7	63,8	65,9	71,1	66,4	68,9	68,6	71,1	67,1	65,5	67,7	74,5
Demographic dependency 1997 (1):	50,6	50,6	50,4	44,9	46,8	48,8	47,7	43,3	47,7	47,1	47,7	49,5
Gross domestic product (1999), in 1000 MIO EUR:	<u>4,8</u>	<u>5,7</u>	<u>10,0</u>	<u>49,8</u>	<u>45,4</u>	<u>144,7</u>	<u>17,7</u>	<u>18,7</u>	<u>11,6</u>	<u>31,9</u>	<u>340,3</u>	<u>7.965,3</u>
GNP per capita in PPS EU=100 (1998)	<u>36</u>	<u>27</u>	<u>31</u>	<u>60</u>	<u>48</u>	<u>36</u>	<u>46</u>	<u>68</u>	<u>23</u>	<u>29</u>	<u>38</u>	<u>100</u>
Gini index (latest year available)(2)	35,4	28,5	33,6	26,6	27,9	27,2	19,5	29,2	30,8	28,2	27,7	
Real growth of GDP, 1999	<u>-1,1</u>	<u>0,1</u>	<u>-4,1</u>	<u>-0,2</u>	<u>4,5</u>	<u>4,1</u>	<u>1,9</u>	<u>4,9</u>	<u>2,4</u>	<u>-3,2</u>	<u>2,3</u>	<u>2,4</u>
Real growth of GDP, 2000 (forecast)	<u>4,0</u>	<u>2,5</u>	<u>2,2</u>	<u>1,8</u>	<u>4,7</u>	<u>5,1</u>	<u>2,2</u>	<u>4,1</u>	<u>4,5</u>	<u>-0,6</u>	<u>3,7</u>	<u>3,4</u>
Real growth of GDP, 2001 (forecast)	<u>5,5</u>	<u>3,9</u>	<u>3,4</u>	<u>3,1</u>	<u>5,1</u>	<u>5,5</u>	<u>3,3</u>	<u>4,1</u>	<u>4,9</u>	<u>2,8</u>	<u>4,5</u>	<u>3,1</u>
Exports as % of GDP (1999):	<u>71,9</u>	<u>38,9</u>	<u>39,6</u>	<u>48,8</u>	<u>51,4</u>	<u>16,7</u>	<u>55,4</u>	<u>42,7</u>	<u>29,7</u>	<u>24,3</u>		<u>9,5</u>
External indicators:												
Balance of payment (1998, MIO USD):												
Merchandise: exports (fob):	2.690	2.011	3.962	26.395	20.747	32.467	10.720	9.096	4.299	8.302	120.688	n.a.
Merchandise: imports (fob):	3.805	3.141	5.480	28.989	23.101	45.303	13.071	9.870	4.757	10.927	148.444	n.a.
Trade balance:	-1.115	-1.130	-1.518	-2.594	-2.354	-12.836	-2.351	-775	-458	-2.625	-27.756	139.617
Current and capital account:	-476	-702	-1.300	-1.108	-2.115	-6.838	-2.056	-8	-376	-2.879	-17.858	99.397
Direct investment (in reporting economy):	581	357	926	2.554	1.936	22.479	562	165	401	2.031	31.991	-167.365(3)
Total external debt (1998, MIO USD):	<u>782</u>	<u>756</u>	<u>1.950</u>	<u>25.301</u>	<u>28.580</u>	<u>47.708</u>	<u>9.893</u>		<u>9.907</u>	<u>9.513</u>	<u>134.389</u>	
Debt service as % of exports of goods and services:	<u>2,1</u>	<u>2,5</u>	<u>3,3</u>	<u>15,3</u>	<u>27,3</u>	<u>9,7</u>	<u>15,9</u>		<u>22,1</u>	<u>23,5</u>		
Labour force (%)(Civilian employment by sector):												
Agriculture	9,9	18,3		5,8	7,9	20,5	12,7	8,6		39,0		5,3
Industry (Mining, manufacturing, construction and electricity, gas and water supply)	33,4	25,5		41,6	33,1	32,0	39,3	40,0		30,4		30,2
Labour participation rates: Total	56	55	51	54	46	50	52	48	53	47	49,9	55
Women	28	28	25	25	20	23	25	22	26	21	23	45
Adult literacy rate (%), 1997	<u>99,0</u>	<u>99,0</u>	<u>99,0</u>	<u>99,0</u>	<u>99,0</u>	<u>99,0</u>	<u>99,0</u>	<u>99,0</u>	<u>98,2</u>	<u>97,8</u>	<u>98,7</u>	<u>98,4</u>
1999 Transparency: Corruption Perceptions Index	5,7	3,4	3,8	4,6	5,2	4,2	3,7	6,0	3,3	3,3	n.a.	n.a.(4)
Internet hosts/10000 inhabitants (January 1999)	152,98	42,59	27,48	71,79	82,74	28,07	33,27	89,83	9,05	7,42	35,18	163,36
Human development index (1997)(5):	<u>0,773</u>	<u>0,744</u>	<u>0,761</u>	<u>0,833</u>	<u>0,795</u>	<u>0,802</u>	<u>0,813</u>	<u>0,845</u>	<u>0,758</u>	<u>0,752</u>	<u>0,788</u>	<u>0,907</u>

Sources: EUROSTAT, IMF, OECD, UN and World Bank

Production: JDa/Parliamentary Documentation Centre/European Parliament (07/08/2000)

(1) Population under 15 and over 64 as % of population between 15 and 64; (2) A lower figure indicates a more even income distribution; (3) net, excluding Greece;

(4) Denmark max 10,0; Italy min 4,7; (5) Based on three indicators: 1) longevity, 2) educational attainment and 3) standard of living measured by GDP per capita in PPP (see Human Dev. Report, UNDP)

Note: Weightings in relations to populations or GDP (in 1997); Bold italic and underlined text/figures indicate updated and/or revised data

Conversion rate: 1998: 1 ECU=1,121 USD; 1999: 1 € = 1,066